

tribune

Das Magazin für Wirtschaft und Recht

Wie gross darf ein Kleinstaat werden?

Von Kurt Tschan

Trotz ihrer tiefen Geburtenrate wird die Schweiz weiter wachsen. Das Bundesamt für Statistik prognostiziert bis zum Jahr 2055 einen Anstieg der Bevölkerung auf 10,5 Millionen Einwohner. Auch dann wird die Schweiz aber weit davon entfernt sein, eines der weltweit am dichtesten besiedelten Länder der Erde zu sein. Aktuell belegt das Land hinter Deutschland Rang 45. 218 Einwohner teilen sich einen Quadratkilometer Land. Zum Vergleich: Bei Spitzenreiter Macau sind es 22'599 Menschen.

Die Schweiz kultiviert gerne und mit Erfolg ihr Faible für das Kleine. Das lässt sich auch an der Wortendung -li ablesen. Die Verkleinerungsform gehört zum Vokabular, sei es bei Bürli, Müesli, Rüeblli oder Gipfeli. Klein steht aber auch für Präzision und Qualität. Das zeigt sich ebenso beim Fertigen von hochkomplexen Uhrwerken wie bei der Ausgestaltung des Kleinstaates mit über 2100 Gemeinden und 26 Kantonen.

Wie weit es ein Kleinstaat bringen kann, sieht man an der Wirtschaftsleistung. Die Schweiz rangiert auf Platz 20 der grössten Volkswirtschaften. Beim BIP befindet sie sich unter den Top 4. Wohlstandsmotor ist und bleibt die Wirtschaft. Ihr Hunger nach Fachkräften ist ungebrochen. Seit der Einführung des Freizügigkeitsabkommens mit der Europäischen Union im Jahr 2002 ist die Bevölkerung um 1,9 Millionen Menschen gewachsen.

Zuwanderung, die über den Arbeitsmarkt gesteuert wird, erhöht zwar die Wirtschaftsleistung und Produktivität. Sie hat aber auch Auswirkungen auf den Staat und die Gesellschaft. Die Schweiz muss sich deshalb die Frage stellen, was ihr wichtiger ist: eine freie oder eine vom Staat regulierte Wirtschaftspolitik. Den «Batze und s Weggli» gibt es auch in diesem Fall nicht.

2

Die Wirtschaft sei nicht in der Krise, aber auch nicht in der Hochkonjunktur, sagt Ronald Indergand vom Staatsssekretariat für Wirtschaft.

4

Patrick Chuard-Keller vom Schweizerischen Arbeitgeberverband will an der internationalen Offenheit für den Arbeitsmarkt festhalten.

6

«Ich halte sie in erster Linie für ein grosses Problem.»

Der Basler Regierungsrat Lukas Engelberger über die Nachhaltigkeitsinitiative der SVP.

8

Theodor Häner vom Verband «Bauunternehmer Region Basel» sieht zentrale Erfolgspfeiler der Schweizer Bauwirtschaft plötzlich in Gefahr.

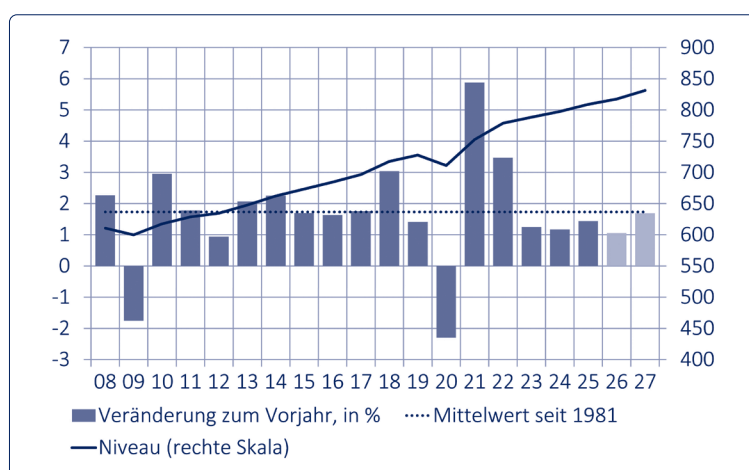
Widerstandskraft in unsicheren Zeiten zeigen

Die Schweizer Wirtschaft wächst derzeit nur verhalten. Gleichwohl zeigt sie sich im internationalen Vergleich widerstandsfähig: Die Binnennachfrage bleibt robust, die Inflation tief, und die strukturellen Stärken des Standorts wirken stabilisierend. Gerade in einem Umfeld mit erhöhten Energiepreisen, handelspolitischen Spannungen und geopolitischen Risiken kommt es darauf an, die bewährten Erfolgsfaktoren der Schweiz zu sichern.

Von Dr. Ronald Indergand

Die Schweizer Wirtschaft ist verhalten ins Jahr 2026 gestartet. Nach einem sporteventbereinigten Wachstum von 1,4 Prozent im vergangenen Jahr dürfte die Schweizer Wirtschaft 2026 um 1,0 Prozent wachsen. Für 2027 ist mit 1,7 Prozent wieder mehr Dynamik zu erwarten (Prognosen der Expertengruppe Konjunkturprognosen des Bundes vom 18. März 2026). Auch am Arbeitsmarkt zeigt sich eine Abkühlung: Die Arbeitslosenquote lag 2025 im Jahresdurchschnitt bei 2,8 Prozent. Sie dürfte 2026 auf 3,0 Prozent steigen und 2027 wieder auf 2,8 Prozent sinken.

Abb. 1: Jährliches BIP der letzten 20 Jahre inkl. Prognose auf Basis realer Werte, unter Bereinigung von Saison- und Sporteffekten, Niveau in Milliarden Franken.



Das ist keine Hochkonjunktur, aber gesamtwirtschaftlich auch keine eigentliche Krise (Abbildung 1). Stützend wirkt weiterhin die Binnennachfrage: Der private Konsum profitiert von der tiefen Inflation, und im Bau zeigen sich

Erholungstendenzen. Demgegenüber bleibt die Lage in der Industrie angespannt. Gerade exportorientierte Industrieunternehmen stehen unter erheblichem Anpassungsdruck. Wer Maschinen, Präzisionsgüter oder Vorleistungen in die Welt verkauft, ist von der Nachfrageschwäche in Europa, vom starken Franken und vom zunehmenden Protektionismus besonders betroffen. Hinzu kommen geopolitische Konflikte, die Lieferketten belasten, Investitionen verzögern und die Planbarkeit erschweren.

«Die Exportaussichten bleiben gedämpft.»»

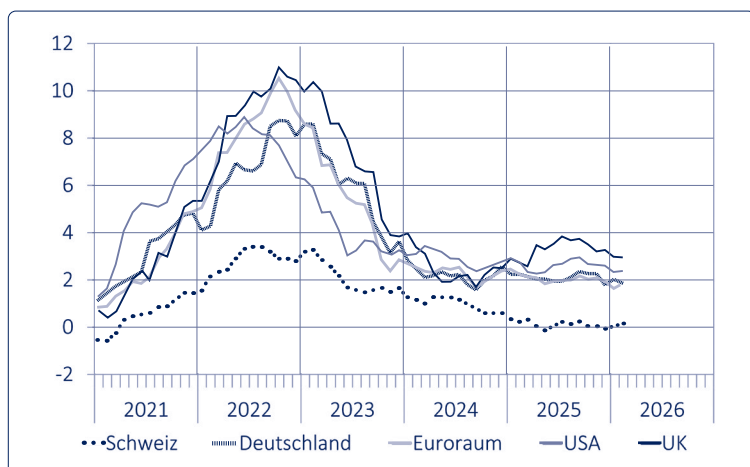
Der Krieg im Nahen und im Mittleren Osten und die damit verbundenen Spannungen an den Energiemärkten haben die Unsicherheit zusätzlich erhöht. Höhere Öl- und Gaspreise bremsen die weltwirtschaftliche Dynamik und erhöhen den Inflationsdruck. Und auch die Unsicherheit mit Blick auf die internationale Handels- und Wirtschaftspolitik bleibt hoch. Für die Schweiz bedeutet dies: Die Exportaussichten bleiben gedämpft. Auch die Investitionstätigkeit dürfte vorerst nur verhalten anziehen.

Ein negativeres Szenario ist deshalb nicht abwegig. Würden die Energiepreise noch stärker und länger steigen als derzeit unterstellt, hätte das auch für die Schweiz Folgen. Die Belastung würde über mehrere Kanäle wirken: über höhere Importpreise, eine schwächere Auslandnachfrage, zusätzlichen Aufwertungsdruck auf den Franken

und grössere Unsicherheit für Unternehmen und Investitionen. Das Wachstum würde sich weiter abschwächen, der Inflationsdruck etwas zunehmen und die Erholung am Arbeitsmarkt sich verzögern.

Ein Blick zurück hilft. Bereits die Energiekrise im Zuge des russischen Angriffs auf die Ukraine war ein harter Test. In den meisten Ländern zog die Inflation stark an, und Staaten griffen mit Preisdeckeln, Subventionen oder Entlastungspaketen ein. Auch die Schweiz war betroffen, kam im Vergleich aber gut durch diese Phase. Die Inflation stieg viel weniger stark als in vielen Nachbarländern (Abb. 2). Dazu beigetragen haben mehrere Faktoren. Erstens ist unsere Wirtschaft breit diversifiziert. Der Dienstleistungssektor und die chemisch-pharmazeutische Industrie wirkten in schwierigen Phasen überwiegend stabilisierend. Zweitens ist die Schweizer Wirtschaft weniger energieintensiv als die Wirtschaft vieler anderer europäischer Länder. Insbesondere ist die Bedeutung fossiler Energien geringer. Drittens federt der Franken als sicherer Hafen externe Preisschocks teilweise ab, indem er importierte Teuerung mildert. Gemäss Negativszenario des SECO vom 18. März dürfte die Inflation 2026 daher auch bei einer solchen Entwicklung vergleichsweise moderat bleiben.

Abb. 2: Konsumentenpreisindex Indizes, Veränderung gegenüber Vorjahresmonat, in Prozent.



Ebenso wichtig sind institutionelle und wirtschaftspolitische Erfolgsfaktoren. Die Schweiz profitiert von offenen Märkten, intensiver internationaler Vernetzung und einem hohen Wettbewerbsdruck, der Innovation, Effizienz und Anpassungsfähigkeit fördert. Hinzu kommen ein flexibler Arbeitsmarkt, die Verfügbarkeit hochqualifizierter Fachkräfte und tragfähige öffentliche Finanzen. Diese Kombination hat dazu beigetragen, dass die Schweiz frühere Schocks vergleichsweise gut absorbieren konnte.

Nicht jede Belastung neutralisieren

Auffallend ist zudem, dass die Schweiz während Krisen mit staatlichen Eingriffen eher zurückhaltend blieb. Das hat

gute Gründe. Gerade in Mangellagen müssen Preise Knappheit anzeigen können. Sie schaffen Anreize zum Sparen, zum Ausweichen, zu Effizienzsteigerungen und zu Investitionen in Alternativen. Wer Knappheit breit wegsubventioniert oder Preise flächig deckelt, lindert kurzfristig Symptome, schwächt aber langfristig die Anpassungsfähigkeit. Gute Wirtschaftspolitik kann daher nicht jede Belastung neutralisieren und Strukturwandel sollte nicht verhindert, sondern begleitet werden.

«Die Schweiz verfügt über bewährte Instrumente, um Härten abzufedern.»»

Das heisst nicht, dass der Staat stets passiv bleiben soll. Entscheidend ist, wo und wie er eingreift. Die Schweiz verfügt über bewährte Instrumente, um Härten abzufedern. Zu ihnen gehören die Kurzarbeit, die Arbeitslosenversicherung und ein tragfähiges soziales Sicherungsnetz. Diese automatischen Stabilisatoren sind wichtig und helfen bei der Dämpfung makroökonomischer Schocks. Ebenso wichtig ist aber die Robustheit und Anpassungsfähigkeit der Unternehmen selbst. Viele Schweizer Unternehmen reagieren rasch auf veränderte Nachfrage, erschliessen neue Märkte, investieren in Produktivität, spezialisieren sich oder passen ihre Beschaffung an. Diese unternehmerische Flexibilität ist ein zentraler Teil der schweizerischen Widerstandskraft.



Dr. Ronald Indergand, SECO

Er leitet seit dem 1. März 2026 die Direktion für Wirtschaftspolitik im Staatssekretariat für Wirtschaft. Von Juni 2022 bis Februar 2026 stand er innerhalb der Direktion für Wirtschaftspolitik dem Ressort Wachstum und Wettbewerbspolitik vor. Zuvor leitete der 43-Jährige innerhalb des SECO das Ressort Konjunktur.

Ein flexibler Arbeitsmarkt schafft wirtschaftlichen Erfolg

Eine hohe Beschäftigung, tiefe Arbeitslosigkeit und eine enge Verzahnung von Bildungssystem und Wirtschaft haben den Schweizer Arbeitsmarkt zu einem Erfolgsmodell gemacht. Doch der Fachkräftemangel verschärft sich strukturell, während politische Debatten über Migration und Bevölkerungsentwicklung an Intensität gewinnen.

Von Dr. Patrick Chuard-Keller

Der Schweizer Arbeitsmarkt gilt international seit Jahrzehnten als bemerkenswert stabil. Trotz globaler Krisen, strukturellem Wandel und technologischen Umbrüchen blieb die Erwerbslosigkeit vergleichsweise niedrig. Im Jahr 2025 lag die durchschnittliche Arbeitslosenquote gemäss Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) bei rund 2,8 Prozent und damit nahe dem langjährigen Durchschnitt.

Ein zentraler Grund dafür ist die vergleichsweise hohe Flexibilität des Arbeitsmarktes. Unternehmen können ihren Personalbestand relativ rasch an konjunkturelle Entwicklungen anpassen. Gleichzeitig sorgen Instrumente wie die Arbeitslosenversicherung, die Arbeitsvermittlung über die RAV und arbeitsmarktpolitische Programme dafür, dass Stellensuchende möglichst rasch wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden. Ein entscheidender Pfeiler dieses Systems ist zudem die duale Berufsbildung. Das System verbindet schulische Bildung mit praktischer Erfahrung im Betrieb und sorgt so dafür, dass Qualifikationen eng an den Bedürfnissen der Wirtschaft ausgerichtet bleiben.

Gerade diese enge Verzahnung von Bildungssystem und Arbeitsmarkt trägt wesentlich dazu bei, dass junge Menschen relativ rasch in den Arbeitsmarkt integriert werden und strukturelle Jugendarbeitslosigkeit vergleichsweise niedrig bleibt. Die Berufsbildung ist damit nicht nur ein bildungspolitischer, sondern auch ein wirtschaftlicher Standortvorteil.

Arbeitskräftemangel verschärft sich strukturell

Parallel zu dieser positiven Entwicklung hat sich in den vergangenen Jahren ein Problem zunehmend akzentuiert: der Mangel an Arbeitskräften. Besonders betroffen sind Branchen mit starkem Wachstum oder hoher gesellschaftlicher Nachfrage. Dazu zählen unter anderem das Gesundheitswesen, Teile der Industrie, das Baugewerbe, die Gastronomie sowie die Landwirtschaft. Gerade in diesen Bereichen berichten Unternehmen zunehmend über Schwierigkeiten, offene Stellen zu besetzen.

Mehrere Faktoren treiben diese Entwicklung:

- Der demografische Wandel wirkt: Die geburtenstarken Jahrgänge erreichen schrittweise das Rentenalter, während weniger junge Menschen in den Arbeitsmarkt eintreten.
- Die Nachfrage nach qualifizierten Fachkräften in vielen technologischen und wissensintensiven Bereichen wächst.
- Die Struktur der Erwerbstätigkeit hat sich verändert – etwa durch mehr Teilzeitmodelle oder durch steigende Qualifikationsanforderungen.

«Der demografische Wandel wirkt.»»

Auch die internationale Mobilität spielt eine Rolle. In vielen Branchen tragen ausländische Arbeitskräfte wesentlich dazu bei, den Bedarf der Unternehmen zu decken. Die zugewanderten Arbeitskräfte füllen dabei eine Lücke, was mit inländischen Arbeitskräften nicht vollständig möglich ist, weil im Inland das passende Profil fehlt oder nicht in der erforderlichen Zahl vorhanden ist. Der Fachkräftemangel ist keine kurzfristige konjunkturelle Erscheinung. Er ist zunehmend ein strukturelles Merkmal des Schweizer Arbeitsmarktes.

Standortbedingungen entscheidend

Für Unternehmen sind verlässliche arbeitsmarktpolitische Rahmenbedingungen ein zentraler Standortfaktor. Dazu gehören unter anderem der Zugang zu qualifizierten Arbeitskräften, planbare Regulierung sowie internationale Offenheit.

Sollten sich diese Bedingungen deutlich verschlechtern, kann dies Investitionsentscheidungen beeinflussen. Gerade international tätige Unternehmen verfügen oft über mehrere

Produktions- oder Entwicklungsstandorte. Wenn der Zugang zu Arbeitskräften erschwert wird oder regulatorische Unsicherheit zunimmt, steigt das Risiko, dass Investitionen vermehrt in anderen Ländern getätigt werden. Dies gilt besonders für Branchen mit hoher internationaler Wettbewerbsintensität – und sehr hoher Wertschöpfung –, etwa die Industrie, die Life-Sciences-Branche oder technologieintensive Dienstleistungen.

In den kommenden Jahren wird sich der Schweizer Arbeitsmarkt weiter verändern. Mehrere Trends zeichnen sich bereits ab:

- Der Fachkräftemangel wird aufgrund der demografischen Entwicklung voraussichtlich anhalten und sich weiter verschärfen.
- Digitalisierung und technologische Innovation verändern die Anforderungen an Qualifikationen. Weiterbildungen und lebenslanges Lernen gewinnen dadurch weiter an Bedeutung.
- Die Tendenz, dass unsere unmittelbaren Nachbarn mit denselben Herausforderungen im Hinblick auf Demografie und Arbeitskräftemangel kämpfen, sowie die internationale Vernetzung der Wirtschaft werden den Wettbewerb um Talente verstärken.

Vor diesem Hintergrund bleiben zentrale Stärken des Schweizer Systems entscheidend: die Berufsbildung, die hohe Erwerbsbeteiligung sowie ein flexibler, möglichst offener Arbeitsmarkt.

Begrenzung mit spürbaren Folgen

Vor diesem Hintergrund gewinnt auch die politische Debatte über Migration und Bevölkerungsentwicklung an Bedeutung. Am 14. Juni 2026 stimmt die Schweiz über die Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» ab.

Die sogenannte Nachhaltigkeitsinitiative verlangt, dass die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz bis 2050 auf maximal zehn Millionen Menschen begrenzt wird. Heute leben rund 9,1 Millionen Menschen im Land. Um dieses Ziel zu erreichen, wären unter Umständen weitreichende Eingriffe in die Zuwanderungspolitik nötig – möglicherweise auch mit Auswirkungen auf internationale Abkommen.

Für den Arbeitsmarkt ist entscheidend, dass ein grosser Teil des Beschäftigungswachstums der letzten Jahre auf zugewanderte Arbeitskräfte zurückgeht. Eine deutlich restriktivere Zuwanderung könnte daher insbesondere in Branchen mit bereits bestehenden Engpässen zusätzliche Spannungen auslösen. Im Gesundheitswesen etwa sind viele Spitäler und Pflegeeinrichtungen auf Fachkräfte aus dem Ausland angewiesen. Eine deutliche Einschränkung der Rekrutierungsmöglichkeiten könnte die Personalengpässe weiter verschärfen – mit möglichen Auswirkungen auf Wartezeiten für Behandlungen oder die Auslastung von Abteilungen. Auch im Gastgewerbe oder in der Hotel-

lerie berichten Betriebe bereits heute über Schwierigkeiten, genügend Mitarbeitende zu finden. In einzelnen Regionen führt Personalmangel dazu, dass Restaurants ihre Öffnungszeiten reduzieren oder Betriebe an bestimmten Tagen geschlossen bleiben.

Ähnliche Herausforderungen bestehen im Baugewerbe, in der Landwirtschaft oder in Teilen der Industrie. Wenn Unternehmen offene Stellen über längere Zeit nicht besetzen können, kann dies Investitionen verzögern oder Produktionskapazitäten begrenzen. Für international tätige Firmen kann zudem der Zugang zu qualifizierten Fachkräften ein wichtiger Faktor bei Standortentscheidungen sein.

«Der Wettbewerb um Fachkräfte wird intensiver.»»

Die Stärken des Systems erhalten

Der Schweizer Arbeitsmarkt hat sich über Jahrzehnte als anpassungsfähig erwiesen. Flexibilität, eine starke Berufsbildung und internationale Offenheit bilden das Fundament dieses Erfolgs.

Die kommenden Jahre werden zeigen, wie gut es gelingt, diese Stärken mit neuen Herausforderungen zu verbinden. Klar ist: Der Wettbewerb um Fachkräfte wird intensiver, und wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen gewinnen weiter an Bedeutung.

Für Unternehmen, Politik und Verwaltung bleibt deshalb eine zentrale Aufgabe bestehen – die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass der Schweizer Arbeitsmarkt auch in Zukunft zu den Leistungsfähigsten gehört.



Dr. oec HSG Patrick Chuard-Keller

ist seit Februar 2025 Chefökonom des Schweizerischen Arbeitgeberverbands. Zuvor war er in der strategischen Führungsunterstützung der Bundeskanzlei, bei der Schweizerischen Nationalbank und der KOF der ETH Zürich tätig.

«Das Gesundheitswesen ist von dieser Initiative direkt betroffen»

Der baselstädtische Gesundheitsdirektor Lukas Engelberger plädiert bei der «Nachhaltigkeitsinitiative» für eine wirtschaftliche Gesamtbetrachtung. Als ein Land mit sehr hohem Wohlstand könne man es sich nicht leisten, mit der angezogenen Handbremse in die Zukunft zu fahren, warnt er.

Interview: Kurt Tschan

Herr Engelberger, auf 18 Einwohner kommt ein Beschäftigter im Gesundheitsbereich. Zum Vergleich: In Deutschland sind es 13. Sind wir effizienter oder schlechter versorgt?

Bei solchen Vergleichen ist Vorsicht angebracht. Strukturelle Unterschiede könnten leicht ausser Acht gelassen werden. Ein Gesundheitsmarkt kann nicht einfach mit einem anderen verglichen werden. Deutschland hat ein strenges Arbeitsrecht. Die Arbeitszeiten sind tendenziell kürzer. Für Teilzeitarbeitende gibt es zudem weniger Flexibilität. Trotzdem könnten wir in der Schweiz einen Tick effizienter sein, denn es gibt keine Hinweise auf eine schlechtere Versorgung.

Pflegen Sie einen Informationsaustausch über die Landesgrenzen hinweg?

Ja, wir pflegen solche Kontakte. Im Herbst 2025 beispielsweise gab es ein Treffen mit den Verantwortlichen der Region Grand Est in Frankreich. Dort haben wir einen Vertrag unterzeichnet für die Behandlung von schweren Notfällen aus dem Elsass im Universitätsspital Basel. Im Elsass ist die Spitaldichte nicht vergleichbar hoch wie bei uns. Bei anderer Gelegenheit war ich zu einem Kongress in Berlin und habe mich bei dieser Gelegenheit mit deutschen Klinikdirektorinnen und -direktoren über den Fachkräftemangel und den Kostenanstieg im Gesundheitswesen ausgetauscht. Die Probleme sind vergleichbar.

Hörten Sie sich bei dieser Gelegenheit auch Beschwerden an, dass Sie Fachkräfte abwerben?

Solche Beschwerden gibt es. In unserer Region halten sie sich jedoch im Rahmen. In der Westschweiz und dem Département de la Haute Savoie sind sie dagegen zu einem Politikum geworden. Dort haben sich die Verhältnisse zugespitzt.

Knapp 12 Prozent des BIP in der Schweiz macht das Gesundheitswesen aus. In Luxemburg ist es weniger als die Hälfte. Sind wir zu teuer?

Luxemburg ist ein Spezialfall, weil die Vernetzung mit dem Ausland noch einmal viel grösser ist als bei uns. Prozentual ist auch die Zahl der Grenzgänger höher. Das hat direkte Auswirkungen auf die Anzahl Behandlungen im Ausland. Wir haben ein teures Gesundheitswesen, das ist so. Plausibler wäre aber der Vergleich mit unseren Nachbarländern, wo die Kosten in einem ähnlichen Verhältnis stehen.

Warum ist ein sehr gutes Gesundheitssystem wichtig? Würde nicht auch ein gutes reichen?

Die Gesundheit unserer Einwohnerinnen und Einwohner ist unser wichtigster Produktivitätsfaktor. Das wird leider immer wieder unterschätzt. Lieber redet man über die Kosten. Dank unseres sehr guten Gesundheitswesens fallen weniger Erwerbstätige krankheitshalber aus. Die meisten Einwohnerinnen sind deshalb produktiv. Sie stehen morgens auf und gehen zur Arbeit. Zudem ist unser Gesundheitssystem effizient. Die Wartezeiten für Sprechstundentermine oder Operationen sind kurz. Das reduziert Absenzen am Arbeitsplatz.

Die effizientesten Gesundheitssysteme zeichnen sich durch eine Kombination aus hoher Versorgungsqualität, gutem Zugang und Kostenbewusstsein aus. Wo können wir noch zulegen?

Wir sind in dem von Ihnen geschilderten Dreieck gut aufgestellt. Besonders hoch ist die Zugänglichkeit für alle Bevölkerungsschichten und die Qualität der erbrachten Leistungen in der Gesundheitsversorgung. Wir haben aber noch einen zu grossen Anteil an nicht notwendiger Inanspruchnahme oder an Doppelleistungen aufgrund von Ineffizienz. Den grössten Nachholbedarf sehe ich in der Prävention und Früherkennung. Hier müssen wir zulegen.

Rund 40 Prozent der Mediziner besitzen ein ausländisches Diplom. Warum gibt es so wenige Schweizer Ärztinnen und Ärzte?

Der Bedarf ist tatsächlich viel grösser. Es handelt sich aber um eine äusserst anspruchsvolle Ausbildung. Verschiedene Universitäten haben ihr Studium angepasst und einen Numerus Clausus eingeführt. Die klinische Ausbildung konnte dafür gestärkt werden, sodass angehende Ärztinnen und Ärzte nach dem Studium direkt an den Patientinnen und Patienten arbeiten. Trotzdem müssen wir die Zahl der Studienplätze nochmals erhöhen. Seit 2016 ist die Zahl der Studienabgänger von knapp 900 schon auf über 1300 gestiegen. Das reicht aber noch nicht, um den Bedarf gesamthaft zu decken.

«Sie gefährdet den bilateralen Weg der Schweiz.»»

Jede dritte Pflegefachperson stammt aus dem Ausland. Was müsste anders sein, damit sich mehr Schweizerinnen und Schweizer für diese Berufssparte interessieren?

Wir sind bei der Umsetzung der Pflegeinitiative gut unterwegs. Diese wurde 2021 vom Volk angenommen und verpflichtet Bund und Kantone, genügend diplomiertes Pflegepersonal sicherzustellen und die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Die Zahl der Auszubildenden steigt kontinuierlich. Entscheidend ist, dass die Absolventen auch in ihren Fachgebieten tätig werden und bleiben.

Ist der Fachkräftemangel im Lauf der Zeit grösser geworden?

Eine Zunahme ist feststellbar. In der Spätphase der Pandemie und unmittelbar danach waren die Spitäler in einem hohen Masse auf externe Unterstützung durch professionelle Stellenvermittler angewiesen. In der Zwischenzeit hat sich die Lage etwas entspannt. Spital- und Pflegeeinrichtungen haben eigene Wege gefunden, ihre Teams zu verstärken und vakante Stellen neu zu besetzen. Das ändert aber nichts an den bestehenden strukturellen Problemen unseres Landes. Unsere älter werdende Bevölkerung benötigt mehr Pflegepersonal. Dieser Trend wird in den nächsten Jahren anhalten.

Könnten Fachkräfte aus Drittstaaten das Problem lösen?

Nicht unbedingt. Ein Beispiel aus dem Kanton Baselland mit philippinischen Fachkräften zeigt, dass solche Projekte auch scheitern können. Ich halte die Idee, Fachkräfte aus

entfernten Gebieten des Globus herzuholen, für realitätsfremd. Es wäre auch nicht sehr verantwortungsvoll, da diese Länder vor Ort benötigte Fachkräfte verlieren würden. Wir sollten nicht aktiv Berufsleute aus anderen Ländern abwerben.

Wie nachhaltig erachten Sie für das Gesundheitswesen die Nachhaltigkeitsinitiative, über die der Schweizer Souverän im Juni abstimmt?

Ich halte sie in erster Linie für ein grosses Problem. Sie gefährdet den bilateralen Weg der Schweiz. Und genau deshalb wurde sie meines Erachtens lanciert. Die Initiantinnen und Initianten wollen die weitere Vertiefung unserer Zusammenarbeit mit den EU-Staaten torpedieren. Das ist ihr eigentliches Ziel. Dagegen müssen wir geschlossen antreten. Das Gesundheitswesen ist von dieser Initiative direkt betroffen. Bei einer Annahme würden wir die Leute, die wir benötigen, nicht mehr finden. Auch wenn sie vorhanden wären, dürften wir sie nicht mehr rekrutieren. Dann hätten wir tatsächlich ein grosses Problem. Die Leistungsfähigkeit des Gesundheitswesens wäre infrage gestellt.

Für viele sind die Mieten zu hoch, der Platz im ÖV zu knapp. Sind wir gerade im Begriff, auf Kosten unserer Gesundheitsversorgung Platz für uns selbst zu schaffen?

Das kann man so sehen. Nicht nur das Gesundheitswesen wäre allerdings bei einem Ja betroffen, sondern auch der Wohnungsmarkt, die Bauwirtschaft, die Landwirtschaft oder der Tourismus. Sie würden ebenso unter dieser Blockadeinitiative leiden. Eine wirtschaftliche Gesamtbetrachtung in diesem Fall ist auf jeden Fall erforderlich. Als ein Land mit sehr hohem Wohlstand können wir es uns nicht leisten, mit der angezogenen Handbremse in die Zukunft zu fahren.



Dr. Lukas Engelberger

ist Vorsteher des Gesundheitsdepartements und Vizepräsident des Regierungsrats Basel-Stadt. Seit 2020 Präsident der Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren. 1994–1999 Studium der Rechtswissenschaften in Basel und Fribourg.

Zentrale Erfolgspfeiler in Gefahr

Die sogenannte «Nachhaltigkeitsinitiative» der SVP will die Bevölkerungszahl der Schweiz begrenzen. Das systemrelevante Bauhauptgewerbe in der Region Basel wäre wie die gesamte Wirtschaftsentwicklung davon ganz erheblich betroffen.

Von Theodor Häner, Geschäftsführer Verband «Bauunternehmer Region Basel»

Auf den Baustellen in der Region Basel werden von den Bauunternehmen jährlich 900 Millionen Franken Umsatz generiert. Rund 1900 Mitarbeitende tragen zu diesem Ergebnis bei. Dabei ist der Anteil ausländischer Mitarbeitender sehr hoch. Bei Bauunternehmen mit Sitz in Basel-Stadt beträgt er über 63 Prozent, bei Unternehmen mit Sitz im Kanton Basel-Landschaft rund 57 Prozent. Ein Drittel davon sind Grenzgänger/-innen – total über 550 Personen, die tagtäglich aus dem Elsass und aus Südbaden in die Schweiz zum Bauunternehmen pendeln.

Obwohl die Baumeister grossen Wert darauflegen, Lernen- und aus der Region aus- sowie eigene Mitarbeitende gezielt weiterzubilden, fehlt es an einheimischen Fachkräften. Folglich sind sie zwingend auf ausländische Mitarbeitende angewiesen. Bei deren Rekrutierung hilft das Freizügigkeitsabkommen der Schweiz mit der EU (FZA). Dank dieser Erleichterungen ist es den regionalen Bauunternehmen erst möglich, ihren hohen Bedarf an qualifizierten Mitarbeitenden abzudecken. Laut einer

Studie des Schweizerischen Baumeisterverbands werden der Branche bis ins Jahr 2040 gegen 5600 Fachkräfte fehlen. Dadurch entgehen dem Bauhauptgewerbe jährlich 800 Millionen Franken an Umsatz. Der Mangel an Fachkräften zeitigt direkte Auswirkungen auf die Bautätigkeit. Ohne sie können Bauprojekte nicht mehr oder nur mit Verzögerung realisiert werden. Sollte bei einer Annahme der Nachhaltigkeitsinitiative das FZA eingeschränkt oder aufgehoben werden, würde sich diese Situation drastisch verschärfen.


Weniger Investitionen

Bauunternehmen in der Region Basel wären speziell betroffen, wenn erneut Kontingente und an den Grenzen systematische Personenkontrollen eingeführt würden. Wegen Personalmanagements konnten sie die steigende Nachfrage nach Baudienstleistungen kaum mehr im gewohnten Umfang ausführen. Weniger Investitionen und eine geringere Bautätigkeit wären die Folge, was sich in einem Rückgang des Wohnungs- und Infrastruktur-

baus manifestieren würde. Was für das Bauhauptgewerbe gilt, trifft auf die gesamte Wirtschaftsregion Basel und die Schweiz zu, da die bilateralen Abkommen und besonders das FZA massgeblich für die positive wirtschaftliche Entwicklung der Schweiz sind. Davon profitiert das Baugewerbe enorm. Selbstverständlich ist die Sorge vor einer stark wachsenden Bevölkerung nachvollziehbar und teilweise berechtigt. Dennoch würde eine strikte Begrenzung der Schweizer Bevölkerung die bestehenden Probleme nicht lösen, hingegen zentrale Erfolgspfeiler der Schweizer (Bau)Wirtschaft infrage stellen und zu Wohlstandsverlust führen.

www.vbrb.ch

IMPRESSUM

TRIBUNE erscheint viermal jährlich **HERAUSGEBER** Handelskammer beider Basel (info@hkbb.ch), Advokatenkammer Basel, Basellandschaftlicher Anwaltsverband (maier@swam.ch), grosszügig unterstützt von der Jubiläumstiftung La Roche & Co; St. Jakobs-Strasse 25, Postfach, 4010 Basel, Telefon: +41 61 270 60 55, E-mail: info@hkbb.ch
REDAKTION: Roman Felix, Jasmin Fürstenberger, Alexander Schwab, Kurt Tschan **LAYOUT** Elmar Wozilka, Handelskammer beider Basel **DRUCK** Druckerei Dietrich, Basel  gedruckt in der Schweiz.
Tribune ist eine offizielle Publikation der herausgebenden Organisationen für deren Mitglieder. Der Abonnementspreis ist im Mitgliederbeitrag inbegriffen. Für Nichtmitglieder kostet das Jahresabonnement CHF 20.–.